

Presseinformation



landdagsgruppen
loondäisfraktsjoon
Landtagsfraktion

Kiel, den 14.06.2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sybilla Nitsch

TOP 10 Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken

Drs. 20/830 und Drs.20/978

„Wir müssen es schaffen, dass jede Schülerin und Schüler vor dem Abschluss eine vernünftige politische und wirtschaftliche Bildung bekommen hat, die sie auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten – sonst müssen wir uns wirklich fragen, worauf Schule sonst vorbereiten soll.“

Schule muss auf das Leben vorbereiten. Und zum Leben gehört im besten Fall auch ein Grundverständnis für die Politik und die Wirtschaft.

Deshalb wollen wir als SSW die politische und auch die wirtschaftliche Bildung im Schulunterricht weiter ausbauen und stärken – nicht erst seit heute, sondern schon seit vielen, vielen Jahren.

Konkret bedeutet das, dass wir den WiPo-Unterricht in den Kontingenzstundentafeln der Sekundarstufe I an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit einem verpflichtenden Mindestkontingenz von sechs Jahreswochenstunden ausstatten wollen.

Alle weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein müssen das Fach Wirtschaft/Politik auf einem guten und verlässlichen Niveau verpflichtend unterrichten!

Wenn ich als ehemalige Lehrerin an den Schulen unseres Landes unterwegs bin und mich mit den Schülerinnen und Schülern unterhalte, dann höre ich immer wieder eine Sache: unsere Schüler und Schülerinnen wollen lernen, wie sie allein zurechtkommen können.

Das bedeutet, dass sie lernen möchten, was man beachten muss, wenn man zu Hause auszieht. Wie melde ich mich um? Welche Versicherung brauche ich und wie regel ich meine Bankangelegenheiten? Nicht in allen Familien wird dieses Wissen weitergegeben, trotzdem betrifft es uns alle irgendwann in unserem Leben. Dieses Wissen müssen wir den Schülern und Schülerinnen vermitteln, bevor sie ihren Abschluss machen!

Ähnlich sieht es mit der politischen Bildung aus.

Ich unterstützte die Forderung nach mehr politischer Bildung zwar, jedoch möchte ich in diesem Zusammenhang das Engagement der Schulen hervorheben.

Viele Schulen bemühen sich schon in Form von politischen Veranstaltungen, den Dialog P-Formaten und durch den direkten Austausch mit uns Politikern und Politikerinnen eine praxisnahe politische Bildung an die Schulen zu bringen.

Besonders in Wahlkämpfen organisiert der Verband Politischer Jugenden, also unsere Jugendparteien in Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten für politische Bildung, mehrere Podiumsdiskussionen täglich, um die jungen Menschen über die Parteien und die politischen Standpunkte dieser zu informieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch nochmal die gute Arbeit des Landesbeauftragten für politische Bildung hervorheben. Durch kreative Formate wie z.B. den bundesweiten Wahl-O-Mat zum Aufkleben wird den jungen Menschen das Wissen über Politik und Demokratie praxisnah und verständlich beigebracht – genau so muss das laufen!

Wir wollen die Arbeit des Landesbeauftragten für politische Bildung weiterhin stärken und unterstützen.

Die Demokratiebildung und die Partizipation junger Menschen sind existenziell für unser politisches System – deshalb darf hier nicht gespart werden!

Keine Frage, es gibt wie eben genannt viele tolle Angebote, leider kommt es immer noch viel zu sehr auf das Engagement vor Ort an. Durch freiwillige Angebote ist eine flächendeckende wirtschaftliche und politische Bildung eben nicht gesichert, das sollte uns bei aller Freude darüber bewusst sein.

Das Konzept der Klassenräte klingt auf den ersten Blick sehr schlüssig, nur ganz im Ernst, wird es besser in dem wir immer mehr Konzepte in die Schule verfrachten? Die Schulen arbeiten bereits mit Klassensprechern und -sprecherinnen, bzw. binden alle Gruppen in demokratische Prozesse in der Schule ein. Diese Ansätze können wir ergänzen oder die Aufgabenbeschreibung mit den Akteuren vor Ort entwickeln.

Apropos vor Ort: Außerschulische Lernorte sollten viel mehr Beachtung finden als bisher. Mit Besuchen in Rathäusern, bei ortsansässigen Banken oder Verbänden erreicht man oft einen hohen Lerneffekt: hier sprechen wir von echter Handlungsorientierung.

Auch die Bildungsfahrten nach Buchenwald unterstützen wir natürlich. Gleichzeitig möchte ich jedoch auf darauf hinweisen, dass die Küstenkoalition und unsere Ministerin Anke Spoorendonk damals dafür gesorgt haben, dass Klassen Gelder für die Fahrten zu Gedenkstätten zur Verfügung gestellt werden und z.B. der Bus bezahlt wird. Nicht alle Schulen wissen das. Dieses bestehende System muss weiter promoviert werden, damit es noch mehr Schulen in Anspruch nehmen.

Natürlich können wir die Verantwortung nicht auf die Lehrkräfte abwälzen und verlangen, dass sie unsere Forderungen direkt umsetzen.

Wir alle wissen, wie kritisch der Lehrkräftemangel und die Überbeanspruchung des Personals an den Schulen ist. Klar ist jedoch, wir müssen es schaffen, dass jede Schülerin und Schüler vor dem Abschluss eine vernünftige politische und wirtschaftliche Bildung bekommen hat, die sie auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten – sonst müssen wir uns wirklich fragen, worauf Schule sonst vorbereiten soll.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>